

Danziger Zeitung.

№ 18143.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethersgasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gelappten gewöhnliche Schriftzeile ober deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Politische Uebersicht.

Danzig, 14. Februar.

Der Sultan von Zanzibar †.

Heute ist uns folgende überraschende Drahtmeldung zugegangen:

Zanzibar, 14. Februar. (M. L.) Der Sultan von Zanzibar ist gestern plötzlich gestorben. Die Leiche wurde Nachmittags zur Stadt gebracht. Die Aerzte Charlesworth vom britischen Consulat und Martin vom Panzerkreuz „Boadicea“ untersuchten den Leichnam und stellten fest, daß die Araber die Deffnung der Leiche nicht zugegeben. Der Leichnam bietet indessen keinerlei Anzeichen eines unnatürlichen Todes und wird heute Abend beerdigt.

Seyyid Ali, der Bruder des Sultans, ist bereits zum Nachfolger gewählt. Die Stadt ist ruhig.

Der Verstorbene war im Jahre 1888 seinem älteren Bruder Said Borgasch in der Regierung gefolgt und hatte am 28. April 1888 mit der deutsch-afrikanischen Gesellschaft den bekannten Vertrag wegen Ueberlassung der Zölle abgeschlossen. Er hat den Vertrag, dessen „schneidige“ Ausführung seitens der Beamten der afrikanischen Gesellschaft bekanntlich die Hauptursache zum Ausbruch der Rebellion wurde, seinerseits ziemlich loyal gehalten, dafür sich aber freilich in den strengnational-arabischen Kreisen wenig Sympathie erworben, und es wäre daher nicht überraschend, wenn der durch die eigenartige Fassung des obigen Telegramms hervorgerufene Verdacht, als sei das Ende des Sultans doch nicht auf ganz natürlichem Wege erfolgt, sich als begründet herausstellen würde. Nähere Aufklärungen bleiben abzuwarten. In den bestehenden Verhältnissen und in den Beziehungen Zanzibars zu Deutschland dürfte wohl kaum eine Aenderung eintreten, wenngleich über die Gesinnung und den Charakter des neuen Sultans zur Zeit noch nichts bekannt ist.

Der Kaiser und die Entstehung seiner Erlasse.

Herr v. Ennen hat in einer Wohltrede in Remscheid berichtet, daß der Kaiser an dem Gesellschaftsabend beim Reichskanzler auf die Bemerkung eines der Eingeladenen, daß alles, was man auch für den Arbeiterstand thue, von diesem doch nicht anerkannt werde, folgende Antwort gegeben:

„Ob wir nun Dank oder Undank für unsere Bestrebungen für die Aufbesserung des Wohles der arbeitenden Massen erhalten, in diesen Bestrebungen werde ich nicht erlahmen. Ich habe die Ueberzeugung, daß diese staatliche Fürsorge uns zum Ziele führen wird, die arbeitenden Massen mit ihrer Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung zu versöhnen. Jedenfalls geben diese Bestrebungen mir für alles, was wir thun, ein ruhiges Gewissen.“

Diese Aeußerung des Kaisers entspricht durchaus der Auffassung der freisinnigen Partei. Auch die Freisinnigen lassen sich bei ihren Bestrebungen für das Wohl der Gesamtheit ausschließlich von ihren Ueberzeugungen leiten, ohne Rücksicht darauf, ob ihre Bestrebungen anerkannt werden und ob sie ihr Ziel früher oder später erreichen. Deshalb mögen die Wähler sich bei den bevorstehenden Wahlen die Worte des Kaisers zur Richtschnur nehmen und dafür sorgen, daß sie, wie auch das Ergebnis ausfallen mag, ein ruhiges Gewissen haben.

Im übrigen erweisen sich die Zweifel an der Authentizität der in der „Tägl. Rundschau“ gedruckten Enthüllungen über die Vorgeschichte der kaiserlichen Erlasse als gerechtfertigt. Die officiellen „Pol. Nachr.“ bringen nämlich heute an der Spitze folgende Note:

„Von einem Theile der hiesigen Presse wird ganz besonders Aufheben von zwei Artikeln eines hiesigen „nichtpolitischen“ Blattes gemacht, welche sich insbesondere mit der Geneser der kaiserlichen Erlasse vom 1. Februar beschäftigen. Auf die Einzelheiten dieser beiden Artikel einzugehen, halten wir für um so weniger angebracht, als dieselben in orientirten politischen Kreisen, wie wir versichern können, durchaus nicht ernst genommen werden.“

Stadt-Theater.

Das Schauspiel „Böse Jungen“, das gestern zum Benefiz für Frau Staudinger gegeben wurde, ging hier im Herbst 1888, kurz nachdem es entstanden war, zum ersten Mal in Scene. Damals ist es einige Mal mit Erfolg gespielt worden, hat aber seitdem geruht, so daß es heute hier fast als Novität gelten kann. Die Geküßelung der Ratschsucht, die der Titel ankündigt, ist zu allen Zeiten ein beliebter Stoff für die Lustspiel-dichter gewesen. Laube hat diesem Motte in seinem Schauspiel einen so eigenthümlichen Hintergrund in gewissen verrotheten Staats- und Gesellschaftsverhältnissen gegeben, daß es zweckmäßig erscheint, an Ort und Zeit der Entstehung des Stückes zu erinnern. Der vormärkliche Liberale Laube hatte sich 1849 von der Politik zum Theater gewandt. Er war im Herbst dieses Jahres nach Wien zur Leitung des Hofburg-Theaters berufen worden und hat diese Stellung achtzehn Jahre lang mit dem glänzendsten Erfolge ausgefüllt, bis ihn 1867 die Ernennung Friedrich Halms (Führer v. Münch-Bellinghaußen) zum Hoftheater-Intendanten zum Rücktritt veranlaßte. Ganz seiner künstlerischen Thätigkeit hingegeben, konnte Laube doch nicht unberührt bleiben von der trostlosen Entwicklung, welche der österreichische Staat in jenen Jahren unter der Leitung gänzlich unfähiger eudaler Staatslenker

Schließlich wendet das officiöse Organ auf diese journalistische Leistung den bekannten Ausspruch an: Was Wahres in den Artikeln enthalten ist, ist nicht neu, und was darin neu ist, ist nicht wahr.

Die „Partei Hammerstein“ — eine wahltaktische Erfindung.

Die angeblich zuverlässige Meldung der „Adriatischen“ und anderer Zeitungen, daß Freiherr v. Hammerstein beabsichtigt, falls er in Bielefeld gewählt würde, mit dem äußersten rechten Flügel der conservativen Partei aus dieser auszuscheiden und mit dem conservativ-agrarischen Flügel des Centrums eine neue Partei zu gründen, die im Reichstage gewissermaßen das Jünglein an der Wage bilden sollte, gehört offenbar in das Gebiet wahltaktischer Erfindungen. Daß es in der conservativen Partei sowohl wie im Centrum eine Anzahl Mitglieder giebt, die unter Umständen geneigt wären, gegen das Cartell in seiner bisherigen Gestalt und namentlich gegen das Zusammengehen mit den Nationalliberalen zu wirken, ist zur Genüge bekannt. Aber für eine Spaltung des Centrums, die doch die Voraussetzung für die neue Hammerstein'sche Partei sein würde, haben die Centrumsmitglieder bisher wenig Neigung gezeigt. Vor allem wird man sich hüten müssen, Herrn v. Schorlemer-Alst in diese Combination hineinzuschieben. Daß Freiherr v. Schorlemer nach dem Ableben des Freiherrn v. Franchenstein das Bedürfnis empfunden hat, die Lücke, welche durch diesen Verlust des Centrums entstanden ist, halbwegs auszufüllen und dem Einfluß des Abgeordneten Windthorst Schranken zu ziehen, versteht man zur Genüge. Das gesunde Frohwetter, von dem neuerlich ein clericales Blatt sprach, welches die Gesundheit des Herrn v. Schorlemer wiederhergestellt haben sollte, ist an dem Entschluß desselben, ein Mandat wieder anzunehmen, sicherlich unschuldig gewesen.

Aus dem Schweißen der „Arenztig.“ über die dem Herrn v. Hammerstein untergeschobene Absicht wird man keinerlei Schlüsse ziehen dürfen. Bei seiner Candidatur in Bielefeld ist Freiherr v. Hammerstein, sei es in der ersten, sei es bei der Stichwahl, auf die Unterstützung wenigstens eines Theils des Centrums angewiesen. Das würde zur Genüge erklären, daß er die über seine Stellung zum Centrum verbreiteten Gerüchte unwidersprochen läßt.

Ein Socialpolitiker über das Socialistengesetz.

Professor Schmoller, einer der eifrigsten wissenschaftlichen Vorkämpfer der Socialpolitik des Reichskanzlers, hat kürzlich sein Urtheil über das Socialistengesetz in folgenden Worten zusammengefaßt:

„Das Gesetz“, sagte er in einer Vorlesung, „hat der weiteren, sichtbaren Ausdehnung einer wüsten revolutionären Propaganda ein Ziel gesetzt, hat die socialdemokratische Partei an ein maßvolleres Auftreten gewöhnt, andererseits freilich den extremsten Theil der Partei in eine anarchische Mord- und Verwüsterbande verwandelt und den übrigen Theil derselben eine Heimlichkeit gelehrt, die nicht wünschenswert ist.“

Das „Berl. Tagebl.“ bemerkt dazu, wenn die Annahme von der Gegnerschaft des Kaisers gegen das Socialistengesetz officiell bekräftigt würde, dann würden dessen Freunde wohl bald in einer drohischen Platz finden. Sehr richtig! Wenn aber die Regierung in der nächsten Session von neuem ein dauerndes Socialistengesetz fordert, so werden die Cartellparteien trotz alledem für die Verewigung der von Herrn Schmoller durchaus zutreffen be, „Ansehen in“ annehmen können.

Zur Steuerreformfrage

schreibt uns unser Berliner „Correspondent“:

Durch die Veröffentlichung der kais. Erlasse zur Arbeiterfrage ist die Aufmerksamkeit der politischen Kreise von den Aeußerungen abgelenkt worden, welche der Reichskanzler bei der Unterhaltung beim Reichstag bezüglich seiner Auffassung der Steuerreformfrage gethan hat. Minister v. Scholz hat sich zwar im Abgeordnetenhaus bemerkt, irgend welche Aufklärungen über die Absichten der Regierung zu geben, indessen hat die Ueberzeugung, mit der er die Erklärung der Conservativen aufgenommen hat, daß sie eine Ver-

nahme, die keine anderen politischen Mittel anzuwenden wußten, als die, mit denen Metternich vollständig Bankrott gemacht hatte. Dieser reactionären Politik, welche schon 1859 den unglücklichen Ausgang des italienischen Krieges verursacht hatte, machte erst die Niederlage in dem deutsch-österreichischen Kriege von 1866 ein Ende. Die unfähigen Staatslenker jener Reactionzeit hatten die geistig hervorragende Kraft eines bürgerlichen Kaufmanns, Brucks, des Gründers des österreichischen Clonds, in ihre Dienste gelockt, indem man dem Ehrgeizigen mit dem Freiherrntitel eine Ministerstelle übertrug und ihn zu wichtigen handelspolitischen Missionen verwandte. Freiherr v. Bruck sollte namentlich die gänzlich heruntergekommenen Creditverhältnisse des Staates heben, was ihm aber trotz aller Anstrengung nur theilweise gelang. Seine Vorschläge, die Staatsverwaltung im constitutionellen Sinn zu reformiren, blieben unbeachtet. Eine mißglückte Finanzoperation nach dem italienischen Kriege veranlaßte ihn, Anfang 1860 seine Entlassung zu fordern, welche ihm in ungnädiger Weise ertheilt wurde. Dies zog sich Bruck so zu Gemüthe, daß er sich tödtete. Dieser Selbstmord gab nun bequeme Gelegenheit, die Sünden Anderer auf den unglücklichen Staatsmann abzuwälzen, und es hat mehrere Jahre gedauert, ehe das Andenken des Ministers Bruck von allen den Verdächtigungen, die man auf denselben gemworfen, völlig gereinigt worden ist.

bindung der Einkommensteuerreform mit der Frage der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Communalverbände nicht wünschend, erkennen lassen, daß nach der Auffassung des Herrn v. Scholz die Regierung eine solche Verbindung beider Materien wünsche. Ueber die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer aber hat sich Fürst Bismarck nicht geäußert. Soweit bisher der Inhalt seiner Bemerkungen bekannt geworden ist, beschränkt er sich darauf, für den Wegfall der Communalzuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer einzutreten. Daß bei der Einkommensteuerreform das Renteneinkommen, oder, wie der Reichskanzler sich ausdrückte, das Einkommen vom arbeitslosen Gewinn oder das Arbeiten mit der Couponschere, wie er sich früher ausdrückte, höher besteuert werden müsse, als das unsichere Einkommen, knüpft an die Vorlage von 1883 wieder an. Der vorjährige Scholz'sche Entwurf hatte, so viel bekannt, diesen Vorschlag nicht wieder aufgenommen. Was Fürst Bismarck unter der Declarationspflicht versteht, ist durch seine Nachsicherklärungen auch nicht deutlich geworden. Um so schärfer aber tritt der Widerspruch gegen eine progressive Einkommensteuer hervor, die er wenigstens bei den höheren Einkommen als eine Confiscation des Eigenthums charakterisirte.

Die Auslassungen des Reichskanzlers haben überall den Eindruck hervorgerufen, als ob die in der Thronrede in Aussicht gestellte Vorlage sich in der That noch in den ersten Stadien der Ausarbeitung befindet.

Die Schweiz und die internationale Arbeiter-Schutzconferenz.

Nach Pariser Meldungen erwartet man dort, daß die Schweiz ihre unter dem 5. Februar versandte Einladung zu der internationalen Arbeiterschutzhconferenz zurückziehe. Dazu scheint man indeß in Bern wenig geneigt zu sein. Der Berner „Bund“, der bekanntlich der schweizerischen Regierung nahe steht, nimmt von der in den deutschen Zeitungen ausgesprochenen Erwartung, daß eine Verständigung Deutschlands mit der Schweiz über ein einheitliches Zusammengehen zu Stande komme, allerdings Noth, fügt aber dann hinzu: „Die Schweiz hat die auswärtigen Staaten auf den 5. Mai d. J. zu einer Conferenz nach Bern eingeladen, sie muß die Antwort der Geladenen abwarten und kann letztere nicht an eine andere Adresse weichen. An Deutschland wäre es, ihr die erste Conferenz von Fachleuten oder eine Specialconferenz einzuräumen. In Berlin könnte die zweite, eine diplomatische oder eine Specialconferenz für die Arbeitenden in Bergwerken abgehalten werden.“ Die Schweiz werde in jedem Fall, so viel an ihr ist, aus der Etiquettenfrage kein Aufhebens machen und weder Empfindlichkeiten noch Eifersüchteleien Raum geben. Immerhin, bemerkt der „Bund“, sei die Schweiz auch unparteiischer in der Erörterung solcher Fragen, sie habe eine „nationale Arbeiterschutzhconferenz und sei weder von der Arbeiterbewegung irgend wie in ihrer Existenz bedroht, noch habe sie eine Krone zu beschützen oder zu retten. Ueberdies seien die kleineren Staaten oft mißtrauisch gegen internationale Conferenzen, weil sie fürchten, daß die großen (Staaten) auf Grund internationaler Abmachungen späterhin in ihre inneren Verhältnisse hineinreguliren könnten oder möchten. So lange die Schweiz die Verhandlungen führe, dürften sich in dieser Richtung alle Länder beruhigen.“

In der belgischen Deputirtenkammer

wollte in der gestrigen Sitzung der Abgeordnete Janson über den an den Kriegsminister gerichteten und von dem General van der Smitten vor den Truppen verlesenen Bericht interpelliren, in welchem der General die Absehung des Bürgermeisters und des Polizei-Commissars in Lachen verlangt, weil dieselben in ihrem an den Gouverneur von Brabant erstatteten Berichte auf die mangelhafte Art hingewiesen hätten, mit welcher die Grenadiere von Lachen das Rettungswerk bei dem Brande des königl. Schlosses organisirten hätten. Janson sprach sich sehr lebhaft gegen ein

Augenscheinlich hat Laube die Geschichte des Ausganges Brucks als Vorwurf für die „Bösen Jungen“ benutzt, wahrscheinlich nicht allein als Dichter geleitet von der Rücksicht, einen künstlerisch verwendbaren Stoff herbeizufinden, sondern zugleich als Mensch interessirt, das Andenken Brucks zu rehabilitiren. Laube selbst urtheilt über das Stück in der Vorrede zu der Buchausgabe: „Ich mache gar keinen Anspruch auf besonderen literarischen Werth des Stückes. Ich lege nur einiges Gewicht auf den Weg, den es einschlägt, um lebensvolle Dramen zu finden für unsere Bühne. Es ist ein rother Wurf, der für das Theater auffallend gelungen und der nur darin eine Bedeutung hat. Als literarisches Kunstwerk hat es sich sehr bescheiden unterzuordnen.“

Im ganzen wird man dieser Selbstkritik beistimmen müssen: ein großes Kunstwerk hat Laube hier nicht gegeben, auch nicht zu geben beabsichtigt. Das Stück leidet, wie sonst in der Regel die Bühnenbearbeitungen der Romane, an einem Uebermaß des Erzählens geschwehener Dinge; aber trotzdem verleugnet sich nirgends der Bühnenpraktiker Laube, der höchst spannende Scenen mit sehr lebendigem Fortgang und sehr wirksame Aufschlüsse herbeizuführen weiß. Die Bösewichter sind ziemlich groß, aber immerhin packend gezeichnet. Das Stück hat eigentlich keine unbekannte Rolle und von originellem Gepräge sind ein paar Figuren, — wie der schüchterne, aber so es darauf ankommt, sehr energische

solches Vorgehen des Generals aus. Der Finanzminister Beernaert erblende, er finde den Bericht des Bürgermeisters ebenfalls seltsam, und verlangte Hinausschiebung der Interpellation, damit er zunächst Kenntniß von den Akten nehme. Die Interpellation wurde daraufhin auf 8 Tage verschoben.

Der Herzog von Orleans und der Erzherzog Johann von Oesterreich.

Der rühmlichst bekannte Mediziner Dr. Mare hat an den Herzog von Orleans einen bemerkenswerthen Brief gerichtet, der in französischen Blättern veröffentlicht wird. Es heißt in dem Schreiben:

„Wenn es Ihnen aufrichtig darum zu thun ist, die Uniform des französischen Soldaten zu tragen und seine Majestät zu theilen, so können Sie dieser Ehre sehr leicht theilhaftig werden. Sie brauchen es nur dem Erzherzog Johann von Oesterreich nachzumachen, auf Ihre Ständesvorrechte und die Ansprüche auf den Thron zu verzichten und Sie werden jedem Franzosen gleichgestellt sein. Dann werden Sie auch ein Recht haben, sich auf den Wahlprüfungs zu berufen, der unseren öffentlichen Denkmälern als Inschrift dient.“

Das ist ein probater Rath; aber wir bezweifeln, daß der junge Orleansensproh dem rühmlichen Beispiele des Habsburgers folgen wird. Er will ja dereinst „Roi“ werden, und wo blühte dann die ersehnte Krone?

Uebrigens sind die vorgestern Nachmittag verhassten Manifestanten sämmtlich im Laufe des Abends wieder in Freiheit gesetzt worden. Der Herzog von Orleans soll, wie es heißt, seinen Vertheidigern erklärt haben, daß er gegenüber dem gestrigen Urtheil auf eine Appellation verzichte.

Möglichkeit einer englisch-italienischen Expedition im Sudan.

Der Mitarbeiter der „St.-Corresp.“ in London schreibt vom 11. Februar: Wie verlautet, werden die Pourparlers zwischen dem hiesigen und dem römischen Cabinet in betref einer gemeinsamen englisch-italienischen Expedition im Sudan fortgesetzt. Die erste Anregung hierzu dürfte von dem hiesigen Auswärtigen Amte ausgegangen sein, welches Lord Dufferin damit betraute, sich deshalb mit Herrn Crispien ins Einvernehmen zu setzen. Indessen scheint eine solche Verständigung noch in weiter Ferne zu stehen. In Italien denkt man nämlich dann, nachdem man Menelli geholfen hat, von seinen Feinden zu befreien, einen italienischen General an die Spitze des 30-40 000 Mann zählenden spanischen Heeres zu stellen. Mit dieser Armee ließe sich, wenn sie sich auf die italienischen Truppen in Afrika stützt, immerhin ein Marsch auf Khartum unternehmen. Im Foreign Office wünscht man allerdings die Leistung der Expedition England anvertraut zu wissen, das sich auch die aus derselben resultirenden eventuellen Vortheile gewahrt wissen möchte; und hierin liegt die Schwierigkeit, sich über eine Cooperation zu verständigen. Indessen soll, wie verlautet, der italienische Kriegsminister General Bertoldi Dale einer führenden Rolle Englands bei dieser Expedition nicht ganz abgeneigt gewesen sein.

Die ganze Meldung klingt freilich etwas abenteuerlich und ist wohl nur mit Reserve aufzunehmen.

Stanleys wahre Absichten.

Die Rede, welche Stanley vor einiger Zeit bei dem ihm zu Ehren gegebenen Bankett in Kairo über seine Expedition zur Befreiung Emin Paschas gehalten hat, läßt keinen Zweifel darüber, daß das Stanley'sche Unternehmen von vorn herein die Befreiung Emin Paschas nur als Vorwand benutzte und daß es im Grunde darauf abgesehen war, Emin Pascha unter englischen Einfluß zu bringen, wenn es ihm gelang, sich in Wadelai zu behaupten. Stanley hat zwar diese Absicht nicht ausdrücklich ausgesprochen, aber er erwähnt, daß die ägyptische Regierung nicht gewillt gewesen sei, dauernd die Kosten für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft in Wadelai zu bewilligen. Sie habe sich nur bereit erklärt, für die Befreiung Emin Paschas einen einmaligen Zuschuß von 10000 Pfd. zu geben. Wenn also Stanley in der Lage war, Emin Pascha, falls er bleibe, ein jährliches Gehalt

Gottfried v. Mach und der Rentier Soda, der das Splendore und Alacken nur als dilettantische Passion, ohne böse Absicht, aber darum doch mit nicht minder bösem Erfolg betreibt.

Der gestrigen Darstellung gelang es sehr gut, die starke Wirkung des Laube'schen Stückes zu zeigen. Frau Staudinger — als Beneficentia mit einer Fülle von Blumen und Kränzen begrüßt — verlieh der Frau v. d. Straß die Würde und imponirende Dornenheit, welche die Partie fordert, und brachte ihre Scenen, namentlich die hochdramatische Schlüssenscene des 2. Aktes, zur vollen Geltung. Fräulein Brack stand ihr als geistverwandte Tochter Minona würdig zur Seite; in den kleinen Partien befreundeten Fräulein Schenk (Hertha) und Fräulein Brand (Charlotte) durchaus und Frau Staudinger traf den bürgerlichen Ton der Frau Mach nicht übel. Hr. Hofmann (Ferdinand v. Mach), Herr Remond (Gottfried v. Mach) führten ihre Partien vortrefflich durch. Die Schattengestalten des Stückes wurden von den Herren Stein (Baron Meno), Weidlich (Rath Fischer), Wang (Soda) und Sieghard (Pranger) charakteristisch und ohne Ueberreibung gegeben, während die Vaterpartien des Präsidenten v. Jech, des Generals v. Jech und des Christoph v. Mach durch die Herren Mathes, Böhm und Kraft angemessen vertreten waren.

von 1500 Pfd. und 12000 Pfd. jährlicher Subsidie zur Befriedigung der Verwaltungskosten des Landes zuzuführen, so konnten diese Summen nur von englischer Seite aufgebracht werden. Ob Emin Pascha eventuell geneigt gewesen wäre, auf diesen Vorschlag einzugehen, wird man wohl späterhin erst von ihm selbst erfahren. Thatsächlich wurde das Projekt dadurch vereitelt, daß Stanley bei seiner Ankunft am Albert-Nyanjasee mehr der Hilfe Emin Paschas bedurfte, als daß er in der Lage gewesen wäre, diesem die Mittel zur Befriedigung seiner Stellung zu gewähren. Die Mittheilungen Stanleys über die Voraussetzungen, unter denen eine Expedition Madales in möglichster Weise wäre, werden übrigens ein interessantes Licht auf die Abenteuerlichkeit des Rohlfschen Vorschlags, Emin Pascha mit einem Kapital von 1/2 Million Mark zur Eroberung Madales auszusenden.

Deutschland.

Berlin, 13. Febr. Die Kaiserin Friedrich übertraf öfter das städtische Krankenhaus im Friedrichshain in nur kleiner Begleitung mit ihrem Besuch. Auch am Dienstag Nachmittag gegen 2 Uhr erschien die hohe Frau daselbst ganz unerwartet, nachdem kurz vorher Oberbürgermeister v. Jordanbeck eingetroffen war. Nachdem sie sich nach dem Befinden der Kranken erkundigt, verweilte sie noch bei der Oberin des Victoria-Hauses und besprach sich mit derselben in Betreff des neu zu erbauenden Pflegerinnenhauses in der Friedenstraße, dessen Bau in allerhöchster Zeit begonnen werden soll.

Berlin, 13. Februar. Der Redacteur des sozialdemokratischen „Berliner Volksblatts“, Cronheim, wurde heute von der zweiten Straf-Kammer des Amtsgerichts I. wegen unbefugten Nachdrucks der von dem Generalsekretär Buech verfaßten Berichte über die in England angeführten Untersuchungen bezüglich der Arbeiterfrage zu 300 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Bei der Bemessung der Strafe ging der Gerichtshof von der Annahme aus, daß bei dem Abdruck der drei Berichte nur eine strafbare Handlung vorliege, obgleich der Redacteur Cronheim nach Abdruck des zweiten Berichts von dem Verfasser vor dem weiteren Abdruck gewarnt worden war. Demgemäß wurde auch der Abdruck des dritten Berichts mit demjenigen der zwei vorhergegangenen nur als eine Strafbhandlung betrachtet.

* [Graf Joachim Pfeil, der bekannte Mitbegründer unserer ostafrikanischen Colonien und gegenwärtig Stationschef in Neu-Guinea, welcher sich zur Kräftigung seiner Gesundheit in Berlin aufhält, hatte am Montag die Ehre, von den Majestäten im Schlosse huldvollst empfangen und zur Abendstunde gelassen zu werden. Der Kaiser behandelte ihn den lebhaft geführten Gesprächen großes Interesse an den Mittheilungen des Grafen und verrieth genaue Kenntniß der afrikanischen und australischen Dinge, von welchen die Rede war. Die Kaiserin zeigte reges Interesse an dem Stande der Missionen, über welche der Graf eingehend berichten durfte.

* [Der Stadthauskassier von Berlin] schließt für 1890/91 in Einnahmen und Ausgaben in runder Summe mit 73 098 700 Mk. ab. Unter Hinzurechnung der Beträge der städtischen Werke würde sich eine Gesamtsumme von über 100 Millionen Mk. ergeben. Der Anseh der Gemeinde-Einkommensteuer ist, wie bisher, auf 100 v. H. festgesetzt worden.

* [Der diesjährige neunzehnte Chirurgeng-Congress] findet, wie der Präsident Geh. Rath v. Bergmann soeben bekannt macht, während der Osterwoche vom 9. bis 12. April d. J. in Berlin statt. — Der zwölfte Congress der deutschen Bedärzte findet vom 6. bis 9. März im Hörsaal des pharmakologischen Instituts der Berliner Universität statt.

* [Alle Märchen.] Die „Conservative Correspondenz“ ist mit ihrem Catechismus, das sie seit Wochen fast täglich gegen die bösen Freisinnigen herbeclamirt, ansehnend so ziemlich zu Ende, sonst würde sie nicht zu den allerältesten Catechismen greifen. Sie, frisch heute in leicht erkennbarer Absicht das alte Märchen von „Abcommandirungen“ auf, die im Jahre 1884 bei der Abstimmung über das Socialistengesetz seitens der freisinnigen Parteileitung vorgekommen sein sollen. Zu diesem Behufe werden Briefe der Anfangs aus der Fortschrittspartei bei der Zuspätschiebung früherer Abgeordneten Philipps und Kämpfers reproducirt. Die ganze Angelegenheit ist längst abgehandelt durch bündige Erklärungen u. a. des Abg. Hermes, von dem die betreffende „Abcommandirung“ ausgegangen sein sollte, des Abg. Richter, des Abg. Barth, der erst neulich wieder in Bremen auf das entscheidendste diese Unterstellungen zurückgewiesen hat. Weiß die „Cons. Corr.“ davon nichts oder will sie, weil es ihr so besser in den Aram paßt, davon nichts wissen? Bei den genügend bekannten Charaktereigenschaften dieses conservativen Parteiorgans sind wir berechtigt, das letztere anzunehmen.

* [Wormann und die Antisemiten.] Der Abg. Wormann hat auf eine Anfrage des antisemitischen deutschen Vereins zu Hamburg, ob er seine Ansichten bezüglich des Antisemitismus geändert habe, eine Antwort ertheilt, welche mit den Worten schließt: „Ich würde mich schämen, wenn ein Antisemiten-Berein meine Wahl in irgend einer Form empfehlen würde.“

Dieser Auffassung schließen wir uns rückhaltlos an. Um so weniger freilich begreifen wir, daß Herr Wormann als Vorstandsmitglied der national-liberalen Partei das Cartell mit den Conservativen abgeschlossen hat, d. h. mit denjenigen, die es sich stets angelegen sein lassen, die Ansichten der Antisemiten zu vertreten und deren Unterdrückung bei den Wahlen zu erlangen. Nach dem das offizielle Organ der Partei, die „Conservative Correspondenz“, wie wir erst gestern zu konstatiren Gelegenheit hatten, alle Augenblicke ihren antisemitischen Gefühlen Luft.

* [Aufnahme von Geisteskranken in Privat-irrenanstalten.] Die Minister des Innern, des Cultus und der Justiz haben in Ergänzung ihres vorjährigen gemeinschaftlichen Erlasses über die Aufnahme von Geisteskranken in Privat-irrenanstalten bestimmt, daß, wenn ein Geisteskranker auf Veranlassung oder unter Zustimmung der zuständigen Gerichts- oder Ortspolizeibehörde in einer Privatirrenanstalt untergebracht werden soll, es hierzu der Belassung eines Attestes des Kreisphysikus oder Kreiswundarztes nicht bedarf. Den vorbezeichneten Behörden bleibt es alsdann überlassen, sich vorher die erforderliche Ueberzeugung von dem geisteskranken Zustande der

betreffenden Person auch durch ein zuverlässiges Attest eines anderen approbirten Arztes zu verschaffen.

Breslau, 13. Februar. Die „Schlesische Ztg.“ meldet, der Herzog von Ratibor sei kürzlich von dem Kaiser empfangen worden, um in seiner Eigenschaft als Präsident des schlesischen Provinzial-Landtages Allerhöchstdemselben die Einladung der Provinz zu einem im nächsten Herbst bei Gelegenheit der Anwesenheit des Kaisers hier zu veranstaltenden Feste vorzutragen. Der Kaiser habe die Einladung angenommen, auch die Kaiserin habe ihre Anwesenheit bei dem Feste in Aussicht gestellt.

□ **Posen, 13. Februar.** Wie bereits gemeldet, hatte Erzbischof Dr. Dlinber dem Probst Dr. v. Jajdzewski aus Zbuz, welcher von den Polen als Reichstagscandidat für den Wahlkreis Koscim-Arrolschin aufgestellt war, die Annahme eines Mandats untersagt und dasselbe Verbot auch gegenüber dem Probst Jasch ausgesprochen, welcher von den Polen und dem Centrum gemeinschaftlich als Reichstagscandidat für Fraustadt-Lissa proclamirt worden war. Trotz aller Bitten und Vorstellungen der Polen und Katholiken hat der Erzbischof sein Verbot hinsichtlich des Probstes Jasch nicht zurückgenommen, und die Polen haben nunmehr für den Wahlkreis Lissa-Fraustadt den Fürsten Ferdinand Radziwill auf Schloß Antonin aufgestellt. Was den Geistlichen Dr. v. Jajdzewski anbelangt, so hatte der Erzbischof einer polnischen Deputation, welche ihn bat, das Verbot hinsichtlich des Dr. v. Jajdzewski zurückzunehmen, erklärt, daß dies nicht anginge. Heute hat aber, wie hiesige polnische Blätter mittheilen, der Erzbischof in letzter Stunde erlaubt, daß Dr. v. Jajdzewski eine event. auf ihn fallende Wahl annehmen darf.

Frankreich.

Paris, 13. Februar. Die Deputirtenkammer beschloß nach lebhafter Debatte mit 318 gegen 191 Stimmen, daß über die Wahl Picots, der in St. Die gegen Jules Ferry gewählt wurde, eine Wahluntersuchung vorgenommen werde. (M. I.)

Paris, 13. Februar. Der „Temps“ bemerkt mit Bezug auf die Berliner Konferenz über die Arbeiterfrage, dieselbe scheine eine ganz andere Tragweite zu haben, als der bezüglich der Schweiz. Es dürfe deshalb nicht übersehen werden, wenn die Regierung die Antwort noch überlege.

Rumänien.

Bukarest, 13. Februar. Die Kammer der Deputirten lehnte auch die Anträge der Commission in Betreff der gerichtlichen Verfolgung der übrigen Mitglieder des Cabinets Bratiano ab.

Aegypten.

* Aus Massara bringt die „Agenzia Stefani“ die Meldung von einer am 26. Januar zwischen Degiac Seijum und Ras Alula stattgefundenen Schlacht, in welcher letzterer geschlagen und schwer verwundet worden sein soll. (M. I.)

Von der Marine.

* Das Panzerschiff „Ratier“ (Flaggschiff des Uebungsgelehrten), mit dem Geschwaderchef Contre-Admiral Hollmann an Bord, und das Panzerschiff „Preußen“ sind am 13. Februar cr. in Spracuz eingetroffen und beabsichtigen am 16. dess. Mts. wieder in See zu gehen.

Am 15. Februar: **Danzig, 14. Febr.** M. A. 418. S. A. 123. U. S. 6. **Wetterausichten für Sonnabend, 15. Februar,** auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Wolkig, bedeckt, feuchte Luft, Dunst oder Nebel. Lebhafteste Winde, stark bis stürmisch in den Küstengebietern. Temperatur wenig verändert.

Für Sonntag, 16. Februar:

Wolkig, schwache bis mäßige Winde; im Osten lebhaft. Temperatur wenig verändert.

Für Montag, 17. Februar:

Kälter, veränderlich. An den Küsten neblig. Aufsteigende Winde. Strichweise Niederschläge.

Für Dienstag, 18. Februar:

Theils wolkig, theils trübe, bei starken bis stürmischen Winden. Temperatur um Null herum. Strichweise Niederschläge.

* [Bahnbau Mohrungen-Wormditt.] Zu der schon erwähnten Secundärbahn-Vorlage ist dem Abgeordnetenhaus jetzt eine den Bau der neuen Linien motivirende Denkschrift zugegangen. Dieselbe enthält über die projectirte Zweigstrecke Mohrungen-Wormditt folgende Ausführungen:

Nachdem zur Erleichterung des südwestlich von der Linie Allenstein-Mohrungen-Südboden belegenden Landstrichs durch Gesetz vom 11. Mai 1888 die Herstellung einer Nebenbahn von Hohenstein über Dierobe und Mischwalbe, einerseits nach Marienburg, andererseits nach Elbing mit Abzweigung von Mischwalbe nach Malbeuten genehmigt worden, ist in Aussicht genommen, durch Anlage einer Nebenbahn von Mohrungen an der genannten Linie Allenstein-Südboden nach Wormditt an der Linie Allenstein-Robbebusse beim Braunsberg auch den nordöstlich der Linie Allenstein-Südboden belegenden entwicklungsfähigen Landestheil dem großen Verkehr zu erschließen. Als Abzweigungspunkt von der Linie Allenstein-Südboden war außer Mohrungen nach Malbeuten in Frage gekommen. Die Wahl von Malbeuten, wo auch die Linie nach Mischwalbe abzweigt, würde für den Betrieb zwar manche Vortheile in Aussicht stellen. Gleichwohl mußte nach dem Ergebnis der angestellten Ermittlungen dem Anschluß bei Mohrungen der Vorzug gegeben werden, da diese Einleitung zur Erreichung der vorgezeichneten wirtschaftlichen Zwecke am geeignetsten erscheint und insbesondere auch den zwischen Mohrungen und Elbstadt bestehenden Verkehrsbeziehungen entspricht. Die Länge der Bahn, welche in ihrer ganzen Ausdehnung innerhalb des Regierungsbezirks Königsberg der Provinz Ostpreußen liegt, beträgt rund 29,3 Kilom. Hiervon entfallen etwa 23,4 Kilom. auf den Kreis Mohrungen (1265 Quadr.-Kilom., 56 000 Einwohner), etwa 1,2 Kilom. auf den Kreis Heilsberg (1095 Quadr.-Kilom., 55 000 Einwohner) und der Rest von etwa 4,7 Kilom. auf den Kreis Braunsberg (946 Quadr.-Kilom., 53 000 Einwohner). Das Verkehrsgebiet der Bahn umfaßt etwa 330 Quadr.-Kilom. mit rund 18 000 Einwohnern, welche vorzugsweise Land- und Forstwirtschaft sowie Viehzucht betreiben. Der Grund und Boden zwischen Mohrungen und Elbstadt ist fruchtbar und eignet sich für Weizen, Roggen und Kartoffelbau. Guter Liebschaft findet sich meist Boden von mittlerer Ertragsfähigkeit vor, welcher vorzugsweise durch Kartoffelbau ausgenutzt wird.

Von bedeutenderen Orten des Verkehrsgebietes sind zu nennen: Mohrungen (Stadt mit 3900 Einwohnern, Meiererei, Dampf-, Wasser-, Windmühlen, Brauereien, Ziegeleien, Holzhandlungen, Gerberei), Georgenthal (1000 Einwohner) und Elbstadt (Stadt mit 2500 Einwohnern, Meiererei, Ziegeleien, Gerberei). Die neue Bahn wird einen wohlthätigen Einfluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Einwohner haben, welchen durch die erleichterte Verbindung ein wirksamer Wettbewerb bei dem Abfuhr ihrer land- und forstwirtschaft-

lichen Erzeugnisse gegenüber anderen bereits aufgeschlossenen Gegenden ermöglicht werden wird. Im Verlaufe werden der neuen Bahn vornehmlich zuzuführen: Getreide, Kartoffeln und andere Hackfrüchte, Feinstroh und Pferde-, Kuh- und Brennholz, Mühlen-erzeugnisse, Bier, Spiritus, Stärke, Ziegel u. s. w. — Der Empfang wird sich hauptsächlich erstrecken auf Magervieh, Rohlen, künstliche Düngemittel, landwirtschaftliche Maschinen, Kraftfutter und Baumaterialien. Mit Ausschluß der den beteiligten Interessenten zur Last fallenden Grunderwerbskosten, welche zu rund 280 000 Mk. veranschlagt sind, beläuft sich das auf die Herstellung der Bahn staatsseitig aufzuwendende Anlagekapital nach den angestellten Ermittlungen auf 3 070 000 Mk. oder rund 104 800 Mk. für das Kilometer.

* [Gebühr für Eisenbahnenstationen.] Nach einer von der Direction der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn dem Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft mitgetheilten Bekanntmachung der russischen Südwestbahnen in Nr. 82 der „Tariffammlung russischer Eisenbahnen“ wird auf Verfügung des Ministers der Wege-Communication mit Zustimmung des Finanzministers vom 1. Februar dieses Jahres eine besondere Gebühr von 1/5 Rop. pro Pud für die den Stationen der Südwestbahnen zugeführten Sendungen erhoben.

* [Das Cartell in Hinterpommern.] Im Wahlkreis Stolp-Cauenburg erheben die Conservativen auf Grund des Cartells den Anspruch, daß die Nationalliberalen verpflichtet seien, für den Minister v. Puttkamer zu stimmen. Sie würden sich das Treubruchs schuldig machen, wenn sie anders handelten. Mit Recht erinnert die „Cösl. Ztg.“ daran, daß die Nationalliberalen am lauteften die Befestigung des „Wahlministers“ v. Puttkamer gefordert haben und daß es eine starke Zumuthung sei, ihm wieder den Weg zum Ministerstuhl eben zu helfen. Man erhebt aus diesem Vorgang, auf welche verhängnisvolle Bahn das Cartell die Nationalliberalen geführt hat. Hoffentlich wird im Wahlkreise Stolp-Cauenburg auch der allernachste Liberalismus gegen eine solche Zumuthung sich aufbäumen. Daß Liberale aller Schattirungen dort einmüthig für Herrn v. Jordanbeck stimmen wollen, ist uns übrigens schon von mehreren Seiten berichtet worden.

* [Von der Weichsel.] Der gestrige Frost hat wieder neues Grundbeis gebildet, das heute ziemlich lebhaft im Strome treibt und bei Thorn fast die ganze Flußbreite einnimmt. Bei Marienburg hat in Folge dessen der Nachtraject wieder eingestellt werden müssen. Personen und Werthsachen werden mit Rähnen bis 6 Uhr Abends befördert.

* [Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn.] Gestern hat in Berlin eine Sitzung des Aufsichtsraths der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn-Gesellschaft stattgefunden, in welcher ein vorläufiger Abschluß für das verfloßene Betriebsjahr vorgelegt wurde. Auf Grund desselben soll, wie Berliner Blätter melden, eine Dividende von 1/5 Procent für die Stammactien in Aussicht genommen sein. Die Prioritäts-Actien erhalten selbstverständlich 5 Proc. Dividende.

* [Personalien bei der Eisenbahn.] Die Stations-Diätar Hubert in Danzig h. Thor und Janski in Hohenstein (Weichsel) sind zu Stationsassistenten ernannt.

* [Personalien.] Der Forstassessor Hinz ist zum Oberförster ernannt und demselben die Oberförsterei in Aletau (Kreis Neustadt) verliehen; die Wahl des Stadtraths und Syndicus Schultze zum zweiten Bürgermeister der Stadt Thorn ist bestätigt, der commissarische Kreisphysikus Dr. Anorr in Tuchel definitio zum Kreisphysikus daselbst ernannt; der Rechtsanwalt Paul Ull aus Stolp zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgerichte in Dr. Friedland zugelassen und der Rechtsanwält Richard Hoene aus Pempau zum Referendarium ernannt und dem Amtsgerichte in Ziegenhof zur Befähigung überwiesen.

* [Gewerbeverein.] In der gestrigen Versammlung machte zunächst der Vorsitzende Herr Landmeister Schütz auf den vorwiegend aus Cellulose bestehenden Zaponach aufmerksam. Derselbe ist durchsichtig, farblos und biegsam und eignet sich somit ganz besonders zum Ueberzug von Metallflächen. Einige Proben, welche Herr Schütz herumreichte, fanden den Beifall der anwesenden Sachverständigen. Herr Zimmer führte sodann einen Stöckchen und eine Stöckchen vor, deren Vorzüge und Eigenschaften darin bestehen, daß der erstere zwei Stunden, die letztere anderthalb Stunden ununterbrochen benutzt werden können. Am Schluß zeigte und erklärte Herr Dr. Schepky interessante physikalische Erscheinungen und schloß seine Vorträge mit der Erzeugung von Rosen, Schmelzeisen und Bismutstahl.

* [Jagdwasser.] Der Taucher Christoph M. aus Neufahrwasser wurde am 12. d. Mts. von einem schweren Unfall betroffen. M. hatte sich mit einem Freunde per Boot auf die Entenlag begeben; das Boot fing während der Fahrt an zu schwanken, hierbei hatte sich das Gewehr entladen und die volle Schrotladung drang M., welcher das Gewehr neben sich stehen hatte, in die linke Schulter, wobei ihm das Schulterblatt zerquetscht wurde. Der Verunglückte wurde sofort nach dem chirurgischen Casareth in der Sandgrube geschafft, woselbst ihm die Schrotkörnchen durch Operation entfernt und er zur weiteren Behandlung aufgenommen wurde.

* [Erpressung.] Am 7. d. Mts. erhielt die Frau Eisenbahn-Stations-Assistent R. in Neufahrwasser einen anonymen Brief, in dem derselben 145 Mk. postlagernd Danzig unter der Chiffre R. W. S. in angegebener Frist senden sollte, widrigenfalls Abfender den Gatten außer Stellung zu bringen und auch die Frau R. zu verurtheilen drohte. Dieser Brief wurde der Criminalpolizei übergeben und dieser fandte einen Brief unter obiger Chiffre ab. Gestern kam nun der Baggermeister A. D. August L. an den Posthalter und forderte den Brief. L. wurde auf der Post festgehalten und gleich darauf durch einen Polizeibeamten verhaftet.

* [Bazar-Errat.] Der Bazar und die Darstellung lebender Bilder im Schützenhause zum Besten des Reichthums haben einen Reinertrag von rund 2400 Mk. ergeben.

* [Einbruch.] In der Nacht zum 13. d. M. wurde die Ladenkassette des Hrn. Kaufmann D. im Geißler Hofengasse Nr. 28 erbrochen und es wurden daraus 20 Mk. gestohlen. Der Verdacht der Thäterschaft richtete sich gegen den seit 14 Tagen im Gefängnis des Herrn D. fungirenden Lehrling Walter B. und derselbe fand seine Befestigung, da bei ihm ca. 18 Mk. vorgefunden wurden, worauf er sein Verbrechen eingestand. Walter B. ist am 22. December v. Js. aus dem Gefängnis entlassen, wo er sechs Monate wegen achtsamer Unterschlagung, begangen in der Tapetenhandlung des Herrn Mamek, zugebracht hatte. B. hatte übrigens mehrere Zettel hinterlassen, in welchen er seinen Principal warnte und ihn anrieth, das Geld besser zu verwalten.

* [Polizeibericht vom 14. Febr.] Verhaftet: 1 Mädchen, 1 Lehrling wegen Diebstahls, 1 Juvencel wegen Erpressung, 1 Kellner wegen Hausfriedensbruchs, 1 Witwe wegen Einschleppens, 1 Drehschloß wegen Gewerbe-Contraveniens, 8 Obdachlose, 4 Bettler, 1 Betrunkener, 1 Dirne. — Gefesselt: 19 Mk. 75 Pf., ein Portemonnaie, enthaltend 13 Mk. 50 Pf., 2 Aquarelle, 6 kleine Servietten, ge. A. A., 6 Gantmacher, 12 Staubtücher. — Gefunden: 1 Abkommenkarte, abgehoben von der Polizei-Direction hierseits.

s. Aus der Danziger Niederung, 13. Febr. Heute fand in Saganbaum ein größeres Leichenbegängniß

statt. Der Pfarrer Köster daselbst, welcher eine Reihe von Jahren als Seelforger für das Saganbaur Kirchspiel gewirkt hat und am 8. d. M. im Alter von 80 Jahren und einigen Tagen in Folge eines Schlaganfalles verstorben ist, wurde heute zu Grabe getragen. Der Lehrer-Beisitzer führte am Grabe des Verlebten mehrere Trauergesänge aus.

w. r. **Putzig, 13. Febr.** Bei der am gestrigen Tage im Hotel zum Schloßplatz stattgefundenen Wähler-versammlung der deutschen Partei wurde Herr Rittergutsbesitzer Major a. D. Röhrig-Miersehn als deutscher Wahlcandidat für den Wahlkreis Neustadt-Carthaus-Putzig aufgestellt.

Elbing, 13. Febr. Nach der lehtin vorgenommenen Zählung der Bevölkerung unserer Stadt weist dieselbe über 40 000 Einwohner auf. (A. 3.)

* **Christburg, 12. Februar.** Die Straße von hier nach Prökeltwitz (Kaiserstraße genannt) ist vor zwei Jahren seitens unserer Stadt, so weit deren Grenzen gehen, neu gepflastert worden. Von dort ab zieht sich ein ziemlich steiler Berg bis nach Prökeltwitz hin. Dieser Berg ist in diesem Winter abgetragen und es soll die Weststraße nunmehr auch gepflastert werden. Nach hergegangenen Anweisungen sind die Arbeiten so zu beschleunigen, daß der Weg bis 1. Mai fertig hergestellt ist, da der Kaiser Anfang des Monats Mai zur Jagd nach Prökeltwitz herzukommen gedenkt.

* Im Wahlkreise Flatow-Schladow soll von freisinniger Seite die Candidatur des Herrn v. Reibnitz-Heinrich aufgestellt sein. Für den Wahlkreis Allenstein-Köslitz hat die Centrumpartei den Stadtrath Rathkowski zu Allenstein aufgestellt, nachdem Hr. v. Schorlemer-Ast die Candidatur abgelehnt hat.

Krokanke, 12. Febr. Ueber einen angeblichen Mord schreibt man von hier dem „Gef.“: Der auf dem Abbau unserer Nachbarstadt Mischwalbe wohnhafte 29jährige Besitzer Menzert war mit der Tochter des pensionirten Briefträgers Menzert verlobt, und es sollte in nächster Zeit die Hochzeit stattfinden. In Folge dessen hatte der Bräutigam, nichts Böses ahnend, der Braut das Grundstück verschreiben lassen, während der Vater der Braut schon seit einem Jahre zur Hilfe in der Wirtschaft bei seinem zukünftigen Schwiegerohne weilte. Beide kehrten am Donnerstag Nachmittag aus der Stadt zurück, worauf der Schwiegervater den Koffer bereite und denselben seinem Schwiegerohne und dessen Mutter in je einer Kasse reichte. Ersterer hatte jedoch kaum die Kasse geleert, als er, von den scharfsten Schmerzen gefoltert, sich auf das Bett warf und wenige Stunden darauf unter allen Anzeichen der Vergiftung starb, während seine Mutter, die nur wenig von dem vergifteten Trank genossen hatte, noch schwer krank darniederlag. Die gestrigen städtischen gerichtliche Section der Leiche des jungen Mannes hat denn auch Vergiftung als Todesursache ergeben. Der Schwiegervater ist bereits in das Gefängnis für 6 Wochen eingekerkert worden, wohin ihn nunmehr auch seine Frau, die unter dem dringenden Verdacht der Mithilfe steht, gefolgt ist.

* **Neumarkt, 13. Febr.** Vor einiger Zeit waren im Graubauer „Gefelligen“ Correspondenzen aus Neumarkt erschienen, durch die ein Beamter des königlichen Amtsgerichts beleidigt sein soll. Wie wir hören, schwebt deshalb ein preßgesetzliches Strafverfahren gegen den Redacteur des „Gefelligen“. Großes Aufsehen erregt es hier, daß heute auf Requisition des ersten Staatsanwalts in Thorn bei einem unserer geschätzten Kaufleute eine Hausdurchsuchung durch den Bürgermeister unter Assistenz eines Polizeibeamten nach begünstigten Schriftstücken vorgenommen wurde.

P. St. Krone, 13. Februar. Die Stelle des hgl. Lotterietischmeisters, die bekanntlich einen erheblichen Gewinn abwirft, ist durch den Tod des Commernzraths Hisehorn am 2. d. erledigt worden. Es haben sich nun um dieselbe fast sämtliche hiesige Kaufleute, die ein offenes Geschäft haben, Rentiers etc. beworben. Die zeitweilige Verwaltung ist dem Sohne des verstorbenen Tischmeisters übertragen worden.

K. Schwegel, 13. Febr. In der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten am 11. d. Mts. fand die Einführung der neu-bem. wiedergewählten Stadtverordneten und demnach die Wahl des Bureau's statt. Justizrath Appel wurde zum Stadtverordnetenvorsteher, Irrenanstalts-Director Dr. Brunau zu dessen Stellvertreter, Kaufmann Bukosky zum Schriftführer und Kaufmann Hirsch zu dessen Stellvertreter gewählt. Unter anderen Beschlüssen wurde auch die Einführung eines neuen Hundesteuer-Regulativs und damit die Erhöhung der Hundesteuer von 3 auf 5 Mark jährlich bewilligt. — Aus dem Bericht des Kreis-Ausschusses über den Stand der dem Kreise ausgetheilten und für die nächste Zeit obliegenden Chausseebauarbeiten bringen wir Folgendes: Die im Jahre 1887 in Angriff genommene Chausseefreie Partowitz-Grabenung ist der Vollendung nahe und wird zum Herbst d. J. fertig werden. Von der gleichfalls 1887 begonnenen Chaussee Klinge-Enianno-Blondwitz ist die Strecke von Klinge bis Sternbach bereits fertig und es wird der Rest der Strecke voraussichtlich zum Oktober d. J. fertig gebaut werden. Die Brücke bei Gauerwühle ist, nachdem ein Project wider den königl. Fiskus wegen der Unterhaltungspflicht bezüglich der alten Schwarzwasserbrücke zu Gunsten des Fiskus entschieden worden, an einen Unternehmer vergeben und es ist die Fertigstellung derselben, sowie der daranstoßenden Chausseefreie bis zum 1. Juni d. J. zu erwarten, damit auch der Gesamtstrecke Döge-Drigmin-Cashowitz. Die Chausseefreie Marubien-Banhower-mühle ist im Herbst v. J. an einen Unternehmer vergeben worden.

* Vor kurzem wurde von einer Anzahl Petenten aus Mischwalde und Umgebung an die Eisenbahndirection in Bromberg das Ansuchen gerichtet, die zwischen Königsberg und Berlin verkehrenden Schnellzüge in Schloßitten oder Mischwalde anhalten zu lassen. Hierauf hat die Eisenbahndirection die Petenten benachrichtigt, daß diesem Wunsch zwar nicht entsprochen werden könne, daß jedoch darauf Bedacht genommen werden soll, die Benutzung der Schnellzüge 1, 2, 3 und 4 für die auf den Stationen Schloßitten, Mischwalde und Südboden verkehrenden Reisenden durch Einlegung von besonderen Vor- bzw. Nachzügen möglichst zu erleichtern. Wegen der bei den Schnellzügen aus allgemeinen Verkehrsverhältnissen erforderlichen gewöhnlichen Abkürzung der Fahrzeit werde auch der Anhalt der Züge 3 und 4 in Südboden vom 1. Juni d. J. aufgegeben werden müssen.

* Der vermittelte Landesmeister Bertha Hoffmann und dem Landesmeister Louis Hoffmann zu Königsberg ist das Prädikat als königl. Hof-Zimmermaler verliehen worden.

Wilau, 13. Februar. Nachdem bei anhaltendem Südwind der Frost immer stärker auftritt, ist die Schifffahrt auf dem frischen Haff bedeutend erschwert worden und wird allem Anscheine nach nochmals vollständig geschlossen werden müssen. Der gestern Nachmittag 3 Uhr mit Getreideladung von Königsberg unter Hilfe des Eisbrechers ausgegangene dänische Dampfer „Ajar“ aus Apenhagen wurde bei Pöhl von den Eismassen auf Grund geschoben und hat trotz der größten Anstrengungen seinerseits, sowie seitens des Eisbrechers die ganze Nacht auf dem Haff zu liegen. Erst heute Mittags 12 Uhr konnte der Dampfer mit dem Eisbrecher hier an. Letzterer hat ein Loch bekommen und mußte sofort seine Rohlen u. s. w. und das hiesige Schiffschiff Trockendock behufs Reparatur aufsuchen.

* Dem Kreis-Physikus ist für den Bau einer Chaussee vom Bahnhof Gernau der Eisenbahn Hohenhausen-Palmdien nach Kirpehnen das Recht zur Erhebung von Chausseegeld verliehen worden.

* An Stelle des in den Ruhestand getretenen Landgerichtsraths Lohse ist der Amtsrichter Rueter in Neisse zum Landrichter beim Landgericht in Lissa ernannt worden.

* **Bromberg, 13. Febr.** In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurde unter neue zweite Bürgermeister, Gerichts-Assessor Wilde, durch den Stadtrath Franke im Auftrage der k. Regierung in Vertretung

Druck und Verlag
von A. W. Hofemann in Dessau